

Christa Müller

Raum schaffen für urbane Gärten.

Die Neue Gartenbewegung und die kommunale Politik

erschienen in: Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April, 31. Jhg., Bielefeld, S.60-62

„... wir müssen uns mehr mit urbaner Landwirtschaft auseinandersetzen, das Potential zur Nahrungsmittelerzeugung in den Städten viel besser ausnützen. ... je knapper das Öl wird, desto wichtiger wird es, Äcker in der Nähe der Städte zu erhalten. So, wie man Naturschutzgebiete nicht als Bauland nutzen darf, werden wir auch für Äcker Schutzregelungen schaffen müssen. ... Die Vorstellung, unser Essen um den halben Erdball zu transportieren, wird sehr bald sehr kurios erscheinen.“

Noch mag das Szenario in vielen Ohren befremdlich klingen, das der amerikanische Journalist Michael Pollan hier im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. 2. 2009 aufzeigt. Aber eine wachsende Anzahl von Menschen aus allen gesellschaftlichen Segmenten formuliert bereits seit längerem ihr Unbehagen gegenüber der derzeitigen Lage der Welt. Dies nicht nur anlässlich der krisenanfälligen Finanzarchitektur, sondern zunehmend auch gegenüber der Selbstverständlichkeit, mit der in den letzten Jahrzehnten die Ressourcen der Erde für die globalen Konsumströme mobilisiert wurden. Mit dem Versiegen des Erdöls steht nun zuallererst die industrialisierte Nahrungsmittelproduktion zur Disposition. Und mit ihrem Verschwinden werden, da sind sich die Trendforscher einig, das Regionale und Lokale an Bedeutung und Wertschätzung gewinnen.

Dass die Frage der Rückkehr der Landwirtschaft in unsere Städte jedoch bei weitem nicht nur eine Frage der ökonomischen Ressourceneffizienz ist, das zeigen die vielfältigen Dimensionen der „neuen Gärten“ schon heute. In Städten wie Paris, London oder Berlin entstehen bereits seit geraumer Zeit Community Gardens, Jardins Partagés, City Farms, Interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Bewohnergärten und andere Formen der Gemeinschaftsgärten. Nachdem jahrzehntelang Gesellschaftsdiagnosen wie „Freizeitgesellschaft“ und „Erlebnisgesellschaft“ die Debatte dominierten und als Synonyme für gesellschaftlichen Fortschritt standen, scheint sich nun das Blatt zu wenden. Seit geraumer Zeit tauchen immer mehr Akteure im öffentlichen Raum auf und begrünen, ohne zu fragen, die Straßen, in denen sie wohnen, pflegen Baumscheiben, entmüllen brachliegende Flächen und übernehmen städtische Parks in Eigenregie. Der Anspruch auf Gestaltung des eigenen Umfelds beginnt häufig im Gemüsebeet. Gesunde Lebensmittel mitten in der Stadt anzubauen, sie mit anderen zu tauschen und zu teilen und möglichst auch vor Ort gemeinsam zu essen und zu feiern, das ist ein ungewöhnlicher Trend, der die europäischen Städte seit einigen Jahren jenseits der schon länger bekannten Kleingartenkolonien bereichert. Er wurzelt in neuen Formen der Vergemeinschaftung, die keine traditionellen, sondern zeitgemäße Situierungen aufweisen: Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken, neue Erfahrungen von Heimat, Wertschätzung von Wahlverwandtschaften und Freundschaft, die Fähigkeit zur Ruhe zu kommen, ein gutes Essen oder einfach den Moment genießen zu können. Auch die längerfristig angelegte sinnliche Erfahrung, Lebensmittel selbst anzubauen und zu ernten, darüber Wachstumszyklen beobachten und sich als produktiven Teil der städtischen Natur wahrnehmen zu können, hat in der zunehmend virtuell gesteuerten sozialen Welt Konjunktur.

Diese urbanen Gärten sind Orte des Gemüseanbaus, der Begegnung und Ausdruck neuen politischen Handelns zugleich. Man gründet sie auch, um die Bewohner des Viertels besser kennenzulernen, gerade auch die, die man sonst nicht treffen würde. Der Anspruch auf Teilhabe an der Kiezentwicklung nutzt den Garten ebenfalls als Basisstation. Die neuen Gartenaktivisten wollen Nachbarschaften mitgestalten und sich nicht sämtliche Nutzungsformen des öffentlichen Raums von der Stadtplanung vorschreiben lassen. Viele VerwaltungsmitarbeiterInnen, die in ihrer Freizeit womöglich ähnliche Bedürfnisse kennen, verstehen das und treten in einen konstruktiven Dialog, der angesiedelt ist im Spannungsfeld von „Freiräume schaffen wollen“ und „Verwaltungsroutinen und -richtlinien nicht außer acht lassen können“.

Schafft viele urbane Gärten: Neue Koalitionen von Zivilgesellschaft und Stadtpolitik

Es liegt nahe, dass die Kommunalpolitik die neue Gartenbewegung und ihre komplexen Formen der Gestaltung des Urbanen unterstützt. Dabei bewegt sie sich ebenfalls in einem spannungsgeladenen

Feld. Die desolaten Gemeindefinanzen führen vielerorts (zumal in den noch prosperierenden urbanen Wachstumsregionen wie München) dazu, dass attraktive innerstädtische Grundstücke dem wachsenden Kapitalisierungsdruck unterliegen und Stadtpolitik weniger das Gemeinwohl als den Schuldendienst vor Augen haben. In **Berlin** gab es Ende 2009 Proteste gegen die Pläne des Senats, Kleingartengelände bebauen zu lassen. Andererseits weiß man zugleich, dass beispielsweise Interkulturelle Gärten lohnende Integrationsprojekte sind und im Gegenzug nicht viel kosten. Auch aus diesem Grund brachte das Berliner Abgeordnetenhaus 2006 bei der Verabschiedung der Lokalen Agenda als „Leitidee der künftigen Landespolitik“ Interkulturelle Gärten erstmals in die politische Agenda auf. In der Vereinbarung zwischen Senat und Agenda gelten Interkulturelle Gärten als Leitprojekte, die seither eine spezielle Förderung durch Flächenzuweisung und materielle Unterstützung erfahren. Dies blieb nicht ohne Folgen. Die Berliner Senatsverwaltung spricht heute stolz von Berlin als der „Hauptstadt der Interkulturellen Gärten“. Auf Berliner Stadtgebiet befinden sich 2010 20 Interkulturelle Gärten; weitere 11 Initiativen sind im Aufbau.

Auch in **Hamburg** ist Bewegung zu verzeichnen. Nachdem im Koalitionsvertrag von CDU und GAL festgehalten wurde, dass das soziale Miteinander auf öffentlichen Grünflächen zu fördern und Flächen zu schaffen seien für Interkulturelle und Nachbarschaftsgärten, haben Abgeordnete der Hamburger GAL-Fraktion gemeinsam mit der CDU einen Antrag in die Hamburger Bürgerschaft eingebracht. Im Antrag heißt es: „Als Ausdruck der gesellschaftlichen Rückeroberung des öffentlichen Freiraumes erfreuen sich Interkulturelle Gärten zunehmender Beliebtheit... Interkulturelle Gärten erfüllen in der Stadt eine Reihe wichtiger Funktionen ... und ... lassen sich vielfach in bestehende Siedlungen integrieren. Vielfache Umsetzungsmöglichkeiten bieten sich beispielsweise im Rahmen der integrativen Stadtteilerneuerung oder zur Belebung der oftmals mindergenutzten Grünzwischenräume in den Zeilenhausgebieten der Fünfzigerjahre. ... Der Senat wird ersucht, bis Mitte 2010 eine Konzeption zu entwickeln, wie Interkulturelle Gärten und City Farming positiv unterstützt und gefördert werden können. Hierbei soll auch geprüft werden, welche vertraglichen Regelungen möglich und nötig sind, um die Gartenprojekte temporär auf Brachflächen einrichten zu können. (Drucksache 19/3869 Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 19. Wahlperiode)

Ziel des Antrags ist, mindestens einen interkulturellen Gemeinschaftsgarten pro Bezirk zu ermöglichen. In **München** sollen es zwei in allen 25 Bezirken der Stadt sein. Jedenfalls, wenn es nach dem Wunsch und Antrag der ÖDP-Stadträtin Mechthild von Walter geht. Der Münchener Stadtrat beschloss auf ihren Antrag hin im Mai 2007 ein „Pilotprojekt Gemeinschaftsgärten“. Geschehen ist seither jedoch noch nicht das Allermeiste. Die Landeshauptstadt fördert allerdings das Modell der Krautgärten. Hier bauen interessierte BürgerInnen in einem Grüngürtel rund um München Obst und Gemüse auf Flächen an, die von Landwirten jede Saison neu gepflügt werden. Gerade aber unter der garteninteressierten Migrationsbevölkerung gibt es viele, die sich einen „festen“ Garten wünschen, in dem sie nach eigener Regie und in einem gemeinschaftlichen Umfeld anbauen können. Die Kleingärten sind dafür durch die Ablösesummen oft zu teuer; ihr komplexes Regelwerk vielerorts immer noch abschreckend. Die Vielfalt an partizipativen städtischen Nutzgärten wächst – und ebenso ihre Nachfrage. Traditionelle Formen des Gärtnerns treffen heute auf neue, sozial innovative Nutzungskonzepte. Dem muss Rechnung getragen werden. Unsere Städte brauchen eine Bodenvorratspolitik, die zunehmend auch nicht-kommerzielle Belange des Gemeinwesens berücksichtigt. Und sie brauchen die Flächen bald. Ebenso werden PolitikerInnen gebraucht, die die kommunalen Flächennutzungspläne so gestalten, dass sie sowohl den Anforderungen einer postfossilen Gesellschaft als auch denen einer pluralen, demokratischen Stadt mit einem hohem Maß an Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Herkunft entsprechen. Das sind keine Zukunftsthemen mehr, sondern Herausforderungen, die sich hier und heute stellen. Nicht mehr die Veräußerung des Tafelsilbers und die Versiegelung von mehr und mehr Flächen für fragwürdige Wirtschaftsentscheidungen, sondern Investitionen in eine grüne Zukunft und in eine subsistenzorientierte Flächennutzung sind im 21. Jahrhundert auch auf die kommunale Tagesordnung zu setzen.

Was können KommunalpolitikerInnen konkret tun?

Sie können Bürgerinitiativen unterstützen, Gespräche führen mit Gartenbauämtern, runde Tische organisieren, halblegalen Gartenprojekten einen Rechtsstatus geben, Anträge stellen, das Thema bei

Stadtumbaumaßnahmen stärken, Brachflächen thematisieren und gemeinsam mit Nutzungsinteressierten die Bespielung dieser Flächen planen.

Im Rahmen einer Studie für die Münchener Stiftungsinitiative „Urbanes Gärtnern in München“ (www.anstiftung-ertomis.de) hat die Stadt- und Regionalplanerin Ella von der Haide (2010) verschiedenste Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten der Stadtpolitik und Stadtverwaltung für Interkulturelle und Gemeinschaftsgärten ausgelotet. Bereits bestehende Gemeinschaftsgärten sollten einen rechtlichen Status erhalten, den sie vielerorts nicht haben: „Bisher haben nur die Kleingärten einen Rechtschutz durch das Bundeskleingartengesetz. Denkbar wäre, das Bundeskleingartengesetz neu zu interpretieren... und dadurch zu ermöglichen, dass andere gemeinschaftliche Gartenformen auch darunter erfasst werden könnten.“ (von der Haide 2010: 26f.)

Auch fehlt den neuen Formen urbanen Gärtnerns meist der Schutz vor Überplanungen. Deshalb schlägt Ella von der Haide vor, sie in die Landschaftspläne einzutragen. Denkbar wäre für sie auch eine Verordnung oder Gestaltungssatzung, die gärtnerische Nutzungen eines Freiraums schützen, wenn sie sich bereits über einen längeren Zeitraum abgespielt haben (ebd.). Als grundsätzliches Problem konstatiert die Stadtplanerin jedoch:

„Ein Gemeinschaftsgarten jenseits der Kleingärten wird im Moment im Planungsrecht und damit in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen weder als Parkanlage oder als landwirtschaftliche Nutzfläche noch als Gemeinbedarfsfläche gesehen und darf dort formell angelegt werden. Wichtig wäre es also, die gemeinschaftlich-gärtnerischen Nutzungsmöglichkeit von Freiflächen als eigenständige Kategorie anzuerkennen und festzustellen, dass es sich hierbei um eine Nutzung mit Anteilen einer öffentlichen, landwirtschaftlichen und sozialen Nutzung handelt. Bisher fallen gemeinschaftlich Gartennutzungen nämlich durch die Raster der sozialen, landwirtschaftlichen und öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten, wie sie im Baugesetzbuch festgeschrieben sind.“ (von der Haide 2010: 27)

Urbane Gärten stehen für ein neues – postfossiles, nachhaltiges und partizipatives – Gesellschaftsmodell. Ihr Potenzial für den Umbau der Industriegesellschaft ist noch nicht erschlossen, aber schon heute ist klar: Nur die Vielfalt der Nutzung des öffentlichen Raums garantiert den sozialen Zusammenhalt – auch und gerade in Stadtvierteln mit einem hohen Bedarf an Integration.

Literatur

Ella von der Haide (2010): Bestandsaufnahme der urbanen Gartenaktivitäten auf dem Gebiet der Landeshauptstadt München. Neue Räume der Begegnung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für alle, Studie im Auftrag der Münchner Stiftungsinitiative für urbanes Gärtnern
Christa Müller (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die Internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse, München 2002

Autorin

Dr. Christa Müller ist Soziologin und geschäftsführende Gesellschafterin der *Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis* und der *Stiftung Interkultur* in München.

www.anstiftung-ertomis.de

www.stiftung-interkultur.de